

Einladung

Veranstaltungsreihe internationale Bildungssysteme: Polen und Ungarn

Polen und Ungarn sind jeweils die acht- bzw. sechsgrößte ausländische Zuwanderungsgruppe in Österreich. Besonders im Zuge der Wirtschaftskrise 2008/2009 und nach der Öffnung des Arbeitsmarktes in Österreich für neue EU-Mitgliedstaaten 2011 ist deren Anzahl beträchtlich gestiegen.

Beide Länder traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei. Der österreichische Arbeitsmarkt profitiert von deren Mobilität und ArbeitnehmerInnen aus Polen und Ungarn decken einen Teil des österreichischen Personalbedarfs ab. Ihre arbeitsmarktpolitische Situation unterscheidet sich zum Teil stark von der Situation der ÖsterreicherInnen.

Mgr.^a Katarzyna Trawińska-Konador (Forscherin im Bereich Nationaler Qualifikationsrahmen, Hochschule für Handel in Warschau) und Henriett Kubik, MA (Lehrende aus Ungarn und nun mehr im arbeitsmarktpolitischen Kontext in Österreich tätig) geben im Rahmen dieser Veranstaltung nicht nur einen Überblick über die aktuellen (beruflichen) Ausbildungsmöglichkeiten in Polen und Ungarn, sondern stellen auch einen wichtigen historischen Kontext zur Entwicklung der Bildungssysteme in diesen Ländern her – von den Volksrepubliken über die Wandlung einer Plan- zu einer Marktwirtschaft und schlussendlich die europäische Integration. Diese Änderungen spiegeln sich im Bildungssystem wider, sodass heute in Österreich lebende Fachkräfte aus diesen Ländern unterschiedliche Ausbildungswege gegangen sind.

Die Veranstaltung wird gemeinsam von der Arbeiterkammer Wien – Bildungspolitik und dem Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen – AST Koordination organisiert.

Wann: Mittwoch, 24. Oktober 2018 ab 13:30 bis 16:30
Einlass 13:30 - Beginn 14:00

Wo: Arbeiterkammer Wien (Gebäude BP2)
1040 Wien, Plößlgasse 2, 6. Stock

Aus organisatorischen Gründen wird um eine Anmeldung bis 23. Oktober 2018 per E-Mail ersucht:
anlaufstellenkoordination@migrant.at

 **Bundesministerium**
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Konsumentenschutz

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz.